

SA-ZEITUNG

Arbeiterzeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Zum SA-Terror das Standgericht

Rechtshilfe erfüllt: Todesstrafe und Zuchthaus für politische „Vergehen“ — Papen-Burgfriede verlängert

Die neue Terrorverordnung, verbunden mit Verhängung des „Burgfriedens“ bis zum 31. August verurteilt ganz Deutschland in die große Zuchthaus.

Der „Burgfriede“ unterdrückt — ebenso wie die Polizei — jede politische Betätigung. Er verbietet die Organisationen der Arbeiterklasse, sich gegen ihre brutale Unterdrückung und gegen die Willen der faschistischen Mordbest in der für sie allein gegebenen Form der Massenbewegung zur Wehr zu setzen.

Die Sondergerichte, verbunden mit Anwendung barbarischer Todes- und Zuchthausstrafen, befert jeden, der sich nicht milde von den Nazihorden abschleichen oder als Strafling behandeln lassen will, der seinen Widerstand gegen Justiz oder die Polizei nicht aufgibt.

Die Verschärfung der Festungshaft macht die unzulässigen proletarischen politischen Gefangenens aus Freiwild für Zuchthausdirektoren und Straßensicherer.

Die Papen-Regierung sah sich durch die sich täglich steigende Flut von Mordanschlägen und Bombenattentaten „gezwungen“, ihre seit Tagen in petto gehaltene Terrorverordnung jetzt zu erlassen. Die Mehrzahl der Parteien, besonders die der Mitte einschließlich der SPD, wie auch der überwiegende Teil der Presse hat den Erlaß der Terrorverordnung gefordert. Man will damit der Masse der Bevölkerung glauben machen, daß diese Terrorverordnung das geeignete Mittel wäre, mit der das ganze Land durchdringende faschistische Mordkurie radikal Schluß zu machen.

Schon die nächsten Tage, die ersten Urteile der Sondergerichte werden diesen vertrauensseligen Bevölkerungsschichten ein grausames Erwachen bereiten.

Die Handhabung der ganzen Terrorverordnung mit all ihren Schreckensmaßnahmen ist ausschließlich der Justiz und der Polizei überantwortet. Die Justiz allein entscheidet über Tod und Leben, über schuldig oder unschuldig. Es ist aber dieselbe Klassenjustiz, die heute fast durchweg faschistisch ist. Es wird denselben Richter und Staatsanwälte, die bisher mit ihren unmenslichen Urteilen gegen Proletarier und ihren aufreizenden Freisprüche oder lächerlich geringen Strafen gegenüber SA-Mördern gezeigt haben, was in ihren Händen aus den Gesetzesparagrafen gemacht wird.

Todesurteile und zehn Jahre Zuchthaus gegen Arbeiter und Angehörige proletarischer Parteien bei dem geringsten oder auch nur angeblichen Vergehen — Freispruch oder lächerlich geringe Strafen gegen faschistische Verbrecher. Das wird die Auswirkung dieser Schreckensverordnung sein.

In den Händen der Klassenjustiz wird diese Terrorverordnung statt zu einem Kampfmittel gegen faschistischen Mordterror zu einem Instrument der blutigen Hitler-Diktatur gegen alle Antifaschisten werden.

Für die Arbeiterklasse und alle ihre Organisationen kann es daher nur eines geben: Schürstärksten Kampf für schleunigste Aufhebung dieser Blutdiktaturverordnung!

Kurz vor Redaktionsschluss werden durch WTB die Ergänzungsbestimmungen zu der auf der zweiten Seite der SAZ veröffentlichten Terrorverordnung in Form einer „Verordnung der Reichsregierung“ über die Bildung von Sondergerichten veröffentlicht. Die darin enthaltenen Bestimmungen übertreffen an reaktionärer Grausamkeit die der Terror-Verordnung noch um ein Vielfaches. Wir werden morgen den Wortlaut dieser Bestimmungen veröffentlichen und erläutern.

Verschärfung der Festungshaft

Berlin, 9. August.
WTB. Die Reichsregierung veröffentlicht im Reichsgesetzblatt eine Vereinbarung der Landesregierungen über den Vollzug der Festungshaft. Künftig soll es keinen unbeaufsichtigten Stadtangestrichelten mehr geben, und die bisher sehr ausgedehnte Bewegungsfreiheit der Gefangenen innerhalb der Anstalt wird in den neuen Vorschriften dadurch beschränkt, daß eine tägliche sechsstündige Beschäftigungszeit und der Verschluss der Haftzelle während dieser Zeit eingeführt werden. Während der übrigen Tageszeit soll ein Haftraum nur verschlossen werden, wenn es die Ordnung oder Sicherheit erfordert.

„Völkischer Beobachter“ klatscht Beifall

München, 10. August.
CNB. Der „Völkische Beobachter“ schreibt zur neuen Notverordnung des Reichspräsidenten: „Wir müssen nunmehr aber auch erwarten, daß die neuen Bestimmungen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern mit voller Schärfe gegen die Rotkommandos und Dachschutten der marxistischen Parteien angewendet werden.“ Diese begeisterte Begrüßung der Terrorverordnung durch Hitler und Konsorten bestätigt unsere Darstellung, daß sich die Schreckensmaßnahmen nur gegen Antifaschisten richten werden. Hitler kennt die deutschen Richter.

Faschistenregierung auf Jeden Fall

Papen mit oder ohne Hitler — Nein: Hitler mit oder ohne Papen

„Hitler Reichskanzler!“ So meldeten gestern abend bereits die Auslandskorrespondenten der französischen Presse aus Berlin. Diese Meldung sollte den Tatsachen voraus. Noch ist es nicht soweit. Zum so und sovielten Male ist ein Marsch auf Berlin im letzten Augenblick unterblieben. Herr Hitler verhandelte unweit von Dresden mit dem General Schlaichot offiziell über die Machtergreifung. Er stellte seine Forderungen. Die ganze Macht der NSDAP wird Unterstützung seiner Forderungen war: die SA überall im Reich zusammengezogen. Feldmarchmächtig ausgerüstet sammelten sich die Standarten bei Berlin, in Schlesien, in Ostpreußen, in Pommern, im Westen, im Süden des Reiches. Die Schupo in der Wilhelmstraße wurde mit Karabinern ausgerüstet, die Präsidialgewalt setzte den Machtapparat in Alarmbereitschaft und Verteidigungszustand. Herr v. Papen erließ die neuen Schreckensverordnungen.

Blutaten, und Herr Hitler konferiert in Berlin mit seiner Opposition, daß sie hundert Meter vor dem Ziel den Sieg nicht weiter durch den Aufruhr gefährden möge, — ganz legal zur Macht, so werde unbedingt in der nächsten Zeit entschieden. Papens Tage sind gezählt, Hitler vor den Toren der Macht, in die er einziehen wird, um mit dem Schreckensregime zu herrschen, das jetzt angeblich gegen ihn richtet wurde, abzulehnen wird, wenn die Abwehraktion der Arbeiterklasse dies nicht verhindert!

Jedoch die Forderungen Hitlers gingen der Präsidialgewalt zu weit, die Claqueen um die Reichspräsidentenkanzlei wollen ihre eigenen Positionen noch nicht einfach aufgeben, und so erhielt Herr v. Papen von Hindenburg den Auftrag, mit Hitler weiter zu verhandeln, ein Kompromiß zu suchen. Auch an den verantwortlichen Stellen ist man sich offenbar darüber klar, daß den Nationalsozialisten, wenn die Verhandlungen mit ihnen zu einem praktischen Ergebnis führen sollen, auch ein Einfluß eingeräumt werden muß, der ihrer Verantwortung entspricht.“ sagt ein offiziöses Kommentator zur Lage. Die gesamte reaktionäre und die gesamte bürgerliche Front sind sich einig darüber, daß die Nazis jetzt „an die Verantwortung“ müssen. Besteht nur die Schwierigkeit, daß die Nazis die Führung der Macht beanspruchen. Die Präsidialgewalt sucht Zeit zu gewinnen, Herr v. Papen sei sogar bereit, wenn sich die Verhandlungen mit Hitler zerbrechen, vor den Reichstag zu gehen, sagt ein anderes Kommentator. Aber die Diktatur weiß sehr gut, daß sie gegen Hitler nicht regieren kann, deshalb ist es nur eine Frage von Tagen, bis das Kompromiß perfekt sein wird, das den Nazis für eine Übergangszeit die volle Macht in die Hände spielt, aber den Schein eines „überparteilichen Präsidialkabinetts“ noch aufrecht erhält.

Vom schleichenden Bürgerkrieg

Waffensuche in Berliner KPD-Lokalen erfolglos

Berlin, 10. August.
CNB. Beamte der Schutzpolizei unternahmen in der vergangenen Nacht zu gleicher Zeit eine Durchsuchung von fünf Verkehrslokalen der KPD im Norden der Stadt. Während die Suche in den meisten Lokalen erfolglos blieb, fand man in einer Gastwirtschaft in der Swinemünder Straße zwei Pistolen. Da sich Eigentümer nicht meldeten, wurden sämtliche in dem Lokal anwesenden 24 Personen festgenommen und der Abteilung I zugeführt. Zu politischen Ausschreitungen ist es in den letzten 24 Stunden nicht gekommen. Wegen kleinerer Delikte wurden insgesamt 30 Personen zwangsgestellt.

Berlin, 10. August.
CNB. Fünf Schaufensterscheiben einer Filiale der Schufirma Leiser in Neukölln wurden heute gegen 21 Uhr eingeworfen. Die Täter sind unerkannt entkommen. Im Nordwesten der Stadt in der Werftstraße wurde heute abend ein Mitglied der NSDAP von vier bis fünf Mitglieder der KPD angeblich zu Boden geschlagen.

Köln, 9. August.
CNB. Wie die Polizei erst heute bekannt gibt, ist am 4. d. M., vormittags 10 Uhr, vor der Synagoge in der Roonstraße hinter dem Eisengitter eine 7,5-Granate aus dem Jahre 1915 gefunden worden. Von den Tätern, die den gefährlichen Sprengkörper dorthin gelegt haben, „fehlt jede Spur“.

Marienburg, 9. August.
Bei dem Bombenschlag auf die Wohnung des Bäckers Rochna wurde dessen 6 1/2-jähriges Kind durch Sprengstücke am Kopf schwer verletzt. Die Erwachsenen kamen mit dem Schrecken davon. Die Täter sind unerkannt entkommen. Rochna gehört keiner Partei an.

Kiel, 8. August.
CNB. In der Angelegenheit des Sprengstoffanschlages auf die Kieler Synagoge sind bisher vier Personen festgenommen worden.

Kiel, 9. August.
CNB. Wegen der in der Nacht nach den Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein verübten Sprengstoffanschläge ist durch den Untersuchungsrichter in Altona gegen neun Angeschuldigte die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet worden. Sämtliche Verhafteten sind Nazis.

Gegenrevolutionärer Militäraufstand in Madrid

Paris, 10. August.
WTB. Havas meldet aus Madrid, daß heute früh 4 Uhr in der spanischen Hauptstadt ein Militäraufstand ausgebrochen sei, um die Regierung zu stürzen. Die Regierung beherrscht die Lage. Die Aufständischen hätten beabsichtigt, sich des Kriegs- und Postministeriums zu bemächtigen. Bisher würden drei Tote gemeldet. Sämtliche Verbindungen mit Madrid seien unterbrochen. Man kenne noch nicht den Ursprung der Bewegung, die jedoch aus ausschließlich militärischen Kreisen zu stammen scheine.

Paris, 10. August.
Über die Aufstandsbewegung in Madrid meldet die Havas-Agentur folgende Einzelheiten: Zahlreiche Offiziere, die auf Grund der vom Ministerpräsidenten getroffenen Reform pensioniert worden waren, befanden sich unter den Aufständischen. Zahlreiche Verhandlungen wurden vorgenommen. Unter ihnen befindet sich der Herzog von Infantado. Im Innenministerium erklärt man, daß die Bewegung der Regierung bereits bekannt gewesen sei und daß man Vorkehrungen getroffen hatte.

Um 8 Uhr 15 hat sich die Aufstandsbewegung auf fast alle Stadtviertel ausgedehnt. Man soll Kanonendonner hören.

Heute früh ist das Gerücht verbreitet, daß die Aufstandsbewegung auch in der Provinz Unterstützung finden soll.

